

II-1595 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7791J

1980 -10- 10

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. STIX, DKFM. BAUER
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen
vom 21.3.1980 betreffend die energiewirtschaftliche Zweck-
mäßigkeit und das Ausmaß des Wärmeschutzes, BGBl. Nr. 135/1980

Mit der oben zitierten Verordnung sollen die im EStG 1972 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 550/1979 vorgesehenen Steuerbegünstigungen für Energiesparmaßnahmen praktisch wirksam gemacht werden. Beobachtungen aus der Praxis zeigen, daß diese Zielsetzung eher verfehlt wurde. Zahlreiche Klagen von Betroffenen lassen eine große Verunsicherung sowohl beim Steuerzahler als auch bei der Finanzverwaltung auf der Ebene der Finanzämter erkennen. Vielfach weigern sich Finanzämter, auf an sie herangetragene konkrete Anfragen bezüglich steuerlicher Beurteilung beabsichtigter Energiesparmaßnahmen (Anschaffungen) überhaupt Auskünfte, geschweige denn verbindliche Auskünfte zu erteilen. Von Steuerberatern wird mitgeteilt, daß die Auslegungsschwierigkeiten bis hin zur faktischen Rechtsunsicherheit führen. Als Folge kommt es zu Verzichten auf geplante Energiesparmaßnahmen, weil die steuerliche Förderung praktisch nicht gewährleistet ist.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den
Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

1. Wie nehmen Sie zu der hier aufgezeigten Problematik Stellung?
2. Sind Sie bereit, die gegenständliche Verordnung klarer zu gestalten, bzw. was ist sonst beabsichtigt, um die gesetzlichen Steuerbegünstigungen für Energiesparmaßnahmen tatsächlich wirksam werden zu lassen?